



### Inhaltsverzeichnis

Beschlüsse der Gemeindevertretung 6. Sitzung vom 19.03.2009, öffentlicher Teil S. 1

Beschlüsse der Gemeindevertretung 6. Sitzung vom 19.03.2009, öffentlicher Teil S. 2

Änderungsverfahren zum Bebauungsplan „Eggersdorf-Zentrum“ in dem Bereich zwischen der Feldstraße, der Gartenstraße, der Ernst-Thälmann-Straße und der Bahnhofstraße im Ortsteil Eggersdorf (Änderungsverfahren „Feldstraße / Gartenstraße“)  
Hier: Öffentliche Auslegung des Entwurfs nach § 13a Baugesetzbuch (BauGB) i.V.m. § 13 Abs. 2 Nr. 2 BauGB und § 3 Abs. 2 BauGB S. 2

Geschäftsordnung der Gemeindevertretung der Gemeinde Petershagen/ Eggersdorf S. 3

### Beschlussprotokoll der 6. Sitzung der Gemeindevertretung Petershagen/Eggersdorf vom 19.03.2009 – öffentlicher Teil

#### Beschluss 4/6/30/09

Die Gemeindevertretung Petershagen/Eggersdorf beschließt, den folgenden Beschluss zu dem Änderungsentwurf des Bebauungsplans „Eggersdorf-Zentrum“ in dem Bereich zwischen der Feldstraße, der Gartenstraße, der Ernst-Thälmann-Straße und der Bahnhofstraße (Änderungsgebiet „Feldstraße/Gartenstraße“) im Ortsteil Eggersdorf zu fassen:

Der Entwurf zur Änderung des Bebauungsplans „Eggersdorf-Zentrum“ in dem Bereich zwischen der Feldstraße, der Gartenstraße, der Ernst-Thälmann-Straße und der Bahnhofstraße (Änderungsgebiet „Feldstraße/Gartenstraße“) wird bestätigt und ist nach § 13a BauGB i.V.m. § 13 Abs. 2 Nr. 2 BauGB und § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 13a BauGB i.V.m. § 13 Abs. 2 Nr. 3 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB zu beteiligen.

#### Beschluss 4/6/31/09

Die Gemeindevertretung Petershagen/Eggersdorf beschließt, den anliegenden Entwurf der Geschäftsordnung der Gemeindevertretung der Gemeinde Petershagen/Eggersdorf (Stand 04.03.2009) zu bestätigen und mit Wirkung zum 20.03.2009 in Kraft zu setzen.

#### Beschluss 4/6/32/09

Die Gemeindevertretung Petershagen/Eggersdorf beschließt:

1. Die Gemeinde Petershagen/Eggersdorf fördert die Inanspruchnahme der von ihrem jeweiligen Konzessionsnehmer an den kommunalen Grundschulen angebotenen Mittagsversorgung durch Schüler der Grundschulen. Die Förderung besteht in der Gewährung eines Zuschusses zum Kaufpreis für ab dem 01.04.2009 in Anspruch genommene Essenportionen.
2. Die Höhe des Zuschusses bemisst sich nach dem Einkommen der Eltern des an der Mittagsversorgung teilnehmenden Schülers und beträgt:
  - 1,00 € pro Portion bei einem monatlichen Einkommen von weniger als 1000 € sowie bei Pflegekindern (§§ 33, 34 SGB VIII)
  - 0,50 € pro Portion bei einem monatlichen Einkommen von 1000 € bis unter 1500 €.
  - Bei besonderen familiären Härtefällen kann auf Antrag der Personensorgeberechtigten beim Bürgermeister der Gemeinde Petershagen/Eggersdorf ein höherer Zuschuss ausgereicht werden.
3. Das monatliche Einkommen ist nach den Grundsätzen des § 9 der Kindertagesstätten-Gebührensatzung der Gemeinde Petershagen/Eggersdorf (KitaS) zu ermitteln. Soweit eine Einkommensermittlung im Rahmen der Festsetzung von Gebühren nach der KitaS vorgenommen wurde, kann die Höhe des letzten so ermittelten Einkommens zugrunde gelegt werden.
4. Die Erstattung erfolgt auf Antrag der Personensorgeberechtigten des an der Mittagsversorgung teilnehmenden Schülers jeweils nach Ende eines Kalendervierteljahres für das vorausgegangene Kalendervierteljahr. Die Erstattungsbeträge sind bargeldlos an denjenigen zu zahlen, der für die Mittagsverpflegung des Schülers wirtschaftlich aufkommt. Sie sollen auf Gebühren nach der KitaS angerechnet werden.
5. Der Antrag ist bis zum Ende des auf ein Kalendervierteljahr folgenden Monats zu stellen. Dem Antrag sind geeignete Nachweise über die Zahl der im vorangegangenen Kalendervierteljahr in Anspruch genommenen Portionen sowie - soweit erforderlich - die erforderlichen Einkommensnachweise beizufügen.
6. Der Bürgermeister wird beauftragt, der Gemeindevertretung im November 2009 einen Bericht über die Inanspruchnahme der Zuschüsse sowie über den Verwaltungsaufwand zur Umsetzung dieses Beschlusses vorzulegen.

#### Beschluss 4/6/33/09

Die Gemeindevertretung Petershagen/Eggersdorf beschließt, einen zeitweiligen Ausschuss zur Erarbeitung einer Mobilfunkkonzeption zu bilden. Dem Ausschuss sollen fünf Mitglieder der Gemeindevertretung und vier sachkundige Einwohner angehören. Der Bürgermeister wird beauftragt, in der Ortszeitung „Das Doppeldorf“ auf die Möglichkeit der ehrenamtlichen Mitwirkung sachkundiger Einwohner aufmerksam zu machen.

**Beschlussprotokoll der 6. Sitzung der  
Gemeindevertretung Petershagen/Eggersdorf  
vom 19.03.2009 – nicht öffentlicher Teil**

**Beschluss 4/6/34/09\***

Die Gemeindevertretung Petershagen/Eggersdorf beschließt, für das Grundstück Luisenweg 6 (Gemarkung Eggersdorf, Flur 2, Flurstücke 1058 und 1059) eine Belastungsvollmacht zu erteilen.

\* Dieser Beschluss wird in seinem wesentlichen Inhalt wiedergegeben.

**BEKANNTMACHUNG**

**Änderungsverfahren zum Bebauungsplan  
„Eggersdorf-Zentrum“ in dem Bereich zwischen  
der Feldstraße, der Gartenstraße, der Ernst-  
Thälmann-Straße und der Bahnhofstraße im  
Ortsteil Eggersdorf (Änderungsverfahren  
„Feldstraße / Gartenstraße“)**

**Öffentliche Auslegung des Entwurfs nach § 13a  
Baugesetzbuch (BauGB) i.V.m. § 13 Abs. 2 Nr. 2  
BauGB und § 3 Abs. 2 BauGB**

Die Gemeindevertretung Petershagen/Eggersdorf hat in ihrer Sitzung am 19. März 2009 den folgenden Beschluss zu dem Änderungsentwurf des Bebauungsplans „Eggersdorf-Zentrum“ in dem Bereich zwischen der Feldstraße, der Gartenstraße, der Ernst-Thälmann-Straße und der Bahnhofstraße (Änderungsgebiet „Feldstraße/Gartenstraße“) im Ortsteil Eggersdorf gefasst (Beschluss-Nr. 4/6/30/09):

Der Entwurf zur Änderung des Bebauungsplans „Eggersdorf-Zentrum“ in dem Bereich zwischen der Feldstraße, der Gartenstraße, der Ernst-Thälmann-Straße und der Bahnhofstraße (Änderungsgebiet „Feldstraße/Gartenstraße“) wird bestätigt und ist nach § 13a BauGB i.V.m. § 13 Abs. 2 Nr. 2 BauGB und § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen.

Das Verfahren zur Änderung des Bebauungsplans „Eggersdorf-Zentrum“ wird gemäß § 13a BauGB im beschleunigten Verfahren durchgeführt. Es wird hiermit darauf hingewiesen, dass bei dem Änderungsverfahren von der Durchführung einer Umweltprüfung abgesehen wird.

Der Entwurf zur Änderung des Bebauungsplans „Eggersdorf-Zentrum“ kann in der Zeit **vom 21. April 2009 bis zum 22. Mai 2009** im Bauamt der Gemeindeverwaltung (Ortsteil Eggersdorf, Am Markt 8, Zimmer 107) während der Dienststunden eingesehen werden:

**montags, mittwochs und donnerstags  
von 9.00 bis 12.00 Uhr und von 13.00 bis 16.00 Uhr  
dienstags  
von 9.00 bis 12.00 Uhr und von 13.00 bis 18.00 Uhr**

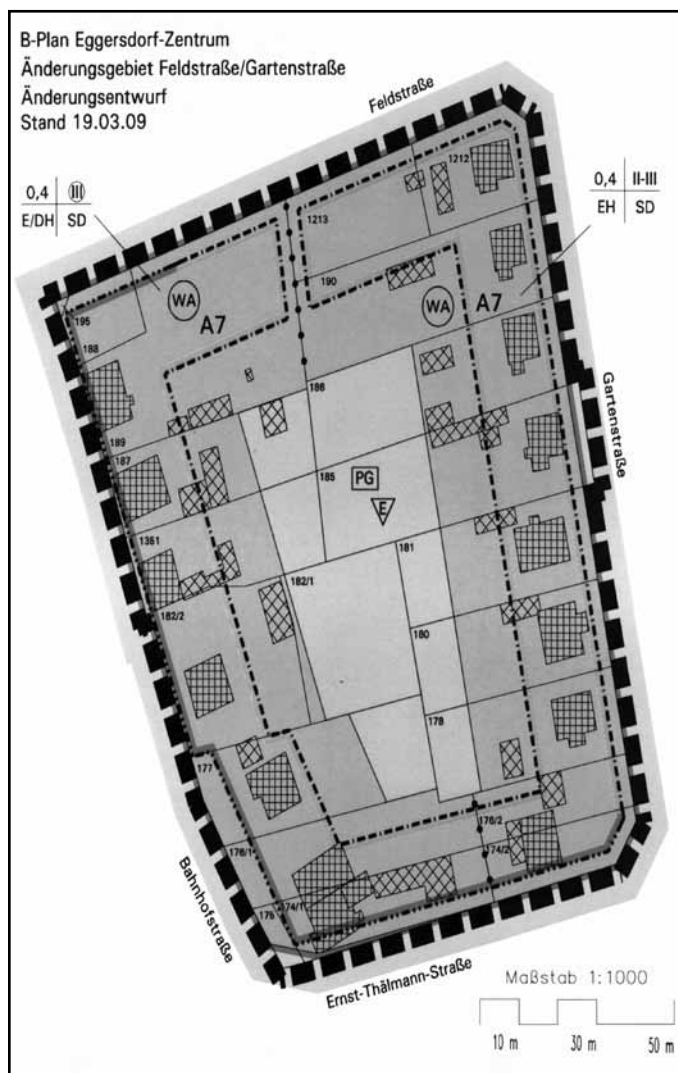
**freitags  
von 9.00 bis 12.00 Uhr**

Während der Auslegungsfrist kann sich jedermann über die allgemeinen Ziele und Zwecke sowie die wesentlichen Auswirkungen der Planung informieren. Außerdem kann während der Auslegungsfrist jedermann Stellungnahmen zum Änderungsentwurf des Bebauungsplans abgeben.

Es wird darauf hingewiesen, dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über die Änderung des Bebauungsplans unberücksichtigt bleiben können. Ein Antrag nach § 47 Verwaltungsgerichtsordnung ist unzulässig, soweit mit ihm Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

Petershagen/Eggersdorf, den 2. April 2009

*Olaf Borchardt*  
Der Bürgermeister



GESCHÄFTSORDNUNG DER GEMEINDEVERTRETUNG  
DER GEMEINDE PETERSHAGEN/ EGGERSDORF  
VOM 19.03.2009

99

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Petershagen/ Eggersdorf hat aufgrund § 28 Abs. 2 Nr. 2 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18. Dezember 2007 (GVB.I S. 286) in ihrer Sitzung am 19. März 2009 folgende Geschäftsordnung beschlossen:

## **I Gemeindevertretung**

### **§ 1 Gemeindevertreter**

- (1) Die Mitglieder der Gemeindevertretung haben gemäß § 31 Abs. 1 BbgKVerf die ihnen aus der Mitgliedschaft in der Gemeindevertretung erwachsenen Pflichten zu erfüllen. Sie haben insbesondere an den Sitzungen der Gemeindevertretung und der Ausschüsse, denen sie angehören, teilzunehmen.
- (2) Im Falle ihrer Verhinderung haben Mitglieder der Gemeindevertretung vor der Sitzung den Vorsitzenden zu benachrichtigen. Bei Sitzungen der Ausschüsse ist zugleich ein Stellvertreter zu benachrichtigen.

### **§ 2 Einberufung der Gemeindevertretung**

- (1) Der Vorsitzende der Gemeindevertretung beruft die Sitzungen der Gemeindevertretung ein. Die Ladung muss den Mitgliedern mindestens acht volle Tage vor dem Sitzungstag, der Tag der Absendung nicht mitgerechnet, zugehen (regelmäßige Ladungsfrist). Die regelmäßige Ladungsfrist gilt als gewahrt, wenn die Ladungen am neunten Tag vor der Sitzung zur Post gegeben worden sind und die zuletzt bekannt gegebenen Anschriften verwandt worden sind.
- (2) Der Ladung sind neben der Tagesordnung die Beschlussvorlagen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten beizufügen; ergänzende Unterlagen können in Ausnahmefällen auch nachgereicht werden.
- (3) Tischvorlagen sind nur in unaufschiebbaren Angelegenheiten zulässig.
- (4) In dringenden Angelegenheiten, kann die Ladungsfrist auf zwei Tage vor dem Sitzungstag verkürzt werden (vereinfachte Einberufung). Die Dringlichkeit ist in der Ladung zu begründen.

### **§ 3 Tagesordnung der Gemeindevertretung**

- (1) Die Gemeindevertretung gibt sich einen jährlichen Arbeitsplan, um grundsätzliche bzw. sich wiederholende Problemstellungen effektiv behandeln zu können. Der Jahresarbeitsplan dient mit als Grundlage für die Gestaltung der jeweiligen Tagesordnung der Sitzungen der Gemeindevertretung. Der Jahresarbeitsplan ist in der Regel in der Januarsitzung der Gemeindevertretung zu behandeln und zu beschließen.
- (2) Der Vorsitzende der Gemeindevertretung setzt gemäß § 35 Abs. 1 Satz 1 BbgKVerf die Tagesordnung der Gemeindevertretung im Benehmen mit dem Bürgermeister unter Beachtung des Jahresarbeitsplanes

fest. In die Tagesordnung sind die Beratungsgegenstände aufzunehmen, die bis zum Ablauf des zehnten Tages vor dem Tag der Sitzung von

- a) mindestens einem Zehntel der gesetzlichen Anzahl der Gemeindevertreter oder
- b) einem Ausschuss der Gemeindevertretung oder
- c) einer Fraktion der Gemeindevertretung oder
- d) dem Bürgermeister

dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung schriftlich benannt und vorgelegt wurden. Etwaige Beschlussvorlagen zu den Tagesordnungspunkten sollen mindestens den Betreff, den oder die Einbringer, die Beratungsfolge in den Ausschüssen, den Beschlussantrag und eine Begründung enthalten. Die Beschlussvorlagen sind von den Einbringern (Pkt. a), dem Vorsitzenden des Ausschusses (Pkt. b), dem Vorsitzenden der Fraktion (Pkt. c) bzw. dem Bürgermeister (Pkt. d) zu unterschreiben oder mit einer Signatur zu versehen, die den Urheber zweifelsfrei erkennen lässt.

- (3) Soweit es sich nicht um eine dringende Angelegenheit handelt, deren Behandlung nicht bis zur darauf folgenden Sitzung aufgeschoben werden kann, sind die Vorschläge bei Nichteinhaltung der Frist in die Tagesordnung der darauf folgenden Sitzung aufzunehmen.

### **§ 4 Zuhörer**

- (1) An den öffentlichen Sitzungen der Gemeindevertretung können Zuhörer nach Maßgabe der vorhandenen Plätze teilnehmen.
- (2) Zuhörer sind außerhalb der Einwohnerfragestunde nicht berechtigt, das Wort zu ergreifen oder sich an den Beratungen zu beteiligen. Sie dürfen auch die Beratung nicht stören und keine Zeichen des Beifalls oder Missfallens geben. Zuhörer, welche die Ordnung stören, können vom Vorsitzenden der Gemeindevertretung aus dem Sitzungssaal gewiesen werden.

### **§ 5 Einwohnerfragestunde; Anhörung von Betroffenen und Sachverständigen**

- (1) Die nach den Regelungen der Hauptsatzung der Gemeinde durchzuführende Einwohnerfragestunde findet vor der Behandlung der Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils der Sitzung der Gemeindevertretung (vgl. § 7 Abs. 2 Pkt. i) statt. Die Einwohnerfragestunde soll 30 Minuten nicht überschreiten.
- (2) Beschließt die Gemeindevertretung, zu einzelnen Tagesordnungspunkten zum Gegenstand der Beratung Betroffene oder Sachverständige zu hören, ist die Anhörung zu beenden, bevor Beratung und Abstimmung über den Gegenstand beginnen.

### **§ 6 Anfragen der Mitglieder der Gemeindevertretung**

Anfragen der Gemeindevertreter an den Bürgermeister, die in der Sitzung der Gemeindevertretung beantwortet

werden sollen, müssen schriftlich, kurz und sachlich abgefasst sein. Sie sind spätestens bis 8.00 Uhr des der Sitzung vorausgehenden Arbeitstages beim Bürgermeister einzureichen und werden in der Sitzung beantwortet. Der Anfragende kann eine Zusatzfrage stellen. Ist die Beantwortung wegen der Kürze der Zeit nicht möglich, ist die Anfrage in der folgenden Sitzung zu beantworten, sofern dies zwischenzeitlich nicht schriftlich erfolgt ist.

### **§ 7 Sitzungsablauf**

- (1) Der Vorsitzende eröffnet, leitet die Verhandlung und schließt die Sitzungen der Gemeindevertretung. In den Sitzungen handhabt er die Ordnung und übt das Hausrecht aus (§ 37 Abs. 1 BbgKVerf). Im Falle seiner Verhinderung treten seine Stellvertreter in der Reihenfolge ihrer Benennung als Erster oder Zweiter Stellvertreter an seine Stelle.
- (2) Die Sitzungen der Gemeindevertretung sind grundsätzlich in folgender Reihenfolge durchzuführen:
  - a) Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit,
  - b) Entscheidung über eventuelle Änderungs- und Ergänzungsanträge zur Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung, Feststellung der Tagesordnung
  - c) Entscheidung gemäß § 42 Abs. 3 Satz 2 BbgKVerf über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der letzten Sitzung
  - d) Informationen des Vorsitzenden der Gemeindevertretung
  - e) Bericht des Bürgermeisters
  - f) Einwohnerfragestunde
  - g) Informationen der Vorsitzenden der Fraktionen und Ausschüsse
  - h) Behandlung von Anfragen gem. § 6
  - i) Behandlung der Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils der Sitzung,
  - j) Entscheidung über eventuelle Änderungs- und Ergänzungsanträge zur Tagesordnung des nicht öffentlichen Teils der Sitzung
  - k) Entscheidung gemäß § 42 Abs. 3 Satz 2 BbgKVerf über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift über den nicht öffentlichen Teil der letzten Sitzung
  - l) Behandlung von nicht öffentlich zu beantwortenden Anfragen gem. § 6
  - m) Behandlung der Tagesordnungspunkte des nicht öffentlichen Teils der Sitzung
  - n) Schließung der Sitzung

### **§ 8 Behandlung der Tagesordnungspunkte, Unterbrechung und Vertagung**

- (1) Die Gemeindevertretung kann die Tagesordnungspunkte
  - a) durch die Entscheidung in der Sache abschließen,
  - b) verweisen oder
  - c) ihre Beratung vertagen.
- (2) Der Antrag auf Entscheidung in der Sache geht bei der Abstimmung dem Verweisungsantrag, dieser dem

Vertagungsantrag vor. Wird einem Antrag stattgegeben, sind die bei der Antragstellung vorliegenden Wortmeldungen noch zuzulassen.

- (3) Der Vorsitzende kann die Sitzung der Gemeindevertretung unterbrechen. Auf Antrag von einem Drittel ihrer anwesenden Mitglieder oder einer Fraktion muss er die Sitzung unterbrechen. Bei einer weiteren Unterbrechung ist für den Antrag die Mehrheit der anwesenden Mitglieder der Gemeindevertretung erforderlich. Die Unterbrechung soll nicht länger als 15 Minuten dauern.
- (4) Nach 23 Uhr werden keine weiteren Tagesordnungspunkte aufgerufen. Der in der Beratung befindliche Tagesordnungspunkt wird abschließend behandelt. Die Gemeindevertretung kann gemäß § 34 Abs. 5 der BbgKVerf mit der Mehrheit der anwesenden Mitglieder die Unterbrechung der Sitzung und deren Fortsetzung zur Behandlung der noch offenen Tagesordnungspunkte an einem anderen Termin beschließen (Fortsetzungssitzung). Der Beschluss muss Zeit und Ort der Fortsetzungssitzung bestimmen. Für die Fortsetzungssitzung erfolgt keine erneute Ladung. Soll keine Fortsetzungssitzung beschlossen werden, sind die noch nicht aufgerufenen Tagesordnungspunkte in der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung an vorderer Stelle auf die Tagesordnung zu setzen.

### **§ 9 Redeordnung**

- (1) Reden darf nur, wer vom Vorsitzenden der Gemeindevertretung das Wort erhalten hat. Wortmeldungen erfolgen durch Handaufheben.
- (2) Der Vorsitzende erteilt das Wort nach der Reihenfolge der Wortmeldungen, soweit nicht mit Zustimmung des Redeberechtigten hiervon abgewichen wird. Das Wort zur Geschäftsordnung ist jederzeit zu erteilen und darf sich nur auf den in der Beratung befindlichen Tagesordnungspunkt beziehen. Es darf dadurch kein Redner unterbrochen werden.
- (3) Dem Bürgermeister ist auch außerhalb der Reihe der Wortmeldungen jederzeit das Wort zu erteilen.
- (4) Gemeindevertretern ist das Wort zum gleichen Tagesordnungspunkt in der Regel nicht mehr als drei Mal zu erteilen.
- (5) Den Amtsleitern der Verwaltung bzw. bei deren Abwesenheit ihren Stellvertretern ist das Rederecht regelmäßig eingeräumt.
- (6) Den nach § 12 der Hauptsatzung benannten bzw. bestellten Beauftragten der Gemeinde Petershagen/Eggersdorf ist das Rederecht regelmäßig eingeräumt.

### **§ 10 Sitzungsleitung**

- (1) Der Vorsitzende der Gemeindevertretung kann Redner, die vom Verhandlungsgegenstand abweichen, zur Sache rufen.
- (2) Ist ein Gemeindevertreter in einer Sitzung dreimal zur Sache gerufen worden, so hat ihm der Vorsitzende das Wort zu entziehen und darf es ihm in derselben

Aussprache zum selben Gegenstand nicht wieder erteilen.

- (3) Der Vorsitzende kann ein Mitglied der Gemeindevertretung zur Ordnung rufen, dessen Verhalten den ordnungsgemäßen Ablauf der Sitzung stört.
- (4) Ist ein Gemeindevertreter in einer Sitzung der Gemeindevertretung dreimal zur Ordnung gerufen worden, kann ihm der Vorsitzende für die Dauer der Sitzung das Wort entziehen oder ihn des Raumes verweisen.

### § 11 Abstimmungen

- (1) Es wird offen durch Handzeichen abgestimmt. Auf Verlangen eines Mitgliedes der Gemeindevertretung ist vor jeder Abstimmung der Antrag zu verlesen. Bei der Abstimmung stellt der Vorsitzende der Gemeindevertretung die Anzahl der Mitglieder fest, die

- a) dem Antrag zustimmen,
- b) den Antrag ablehnen oder
- c) sich der Stimme enthalten.

Wird das Abstimmungsergebnis sofort nach der Abstimmung angezweifelt, so muss die offene Abstimmung vor Behandlung des nächsten Tagesordnungspunktes wiederholt werden.

- (2) Auf Verlangen von mindestens 10% der Mitglieder der Gemeindevertretung oder einer Fraktion ist namentlich abzustimmen.
- (3) Liegen zu dem Tagesordnungspunkt Änderungs- und Ergänzungsanträge vor, wird zuerst über den Antrag abgestimmt, der von dem Antrag der Sitzungsvorlage am weitesten abweicht. Bei Änderungs- und Ergänzungsanträgen mit finanziellen Auswirkungen hat der den Vorrang, der Mehrausgaben oder Mindereinnahmen bewirkt. In Zweifelsfällen entscheidet der Vorsitzende der Gemeindevertretung.
- (4) Auf Antrag, der mit Stimmenmehrheit angenommen wurde, ist über einzelne Teile der Vorlage bzw. des Antrages gesondert abzustimmen. Über die Vorlage beziehungsweise den Antrag ist danach insgesamt zu beschließen.
- (5) Anträge zur Geschäftsordnung haben jederzeit den Vorrang und müssen vor Sachanträgen behandelt werden. Anträge zur Geschäftsordnung sind:
  - a) Anträge zur Begrenzung der Sitzungsdauer und deren Aufhebung
  - b) Anträge auf Schluss der Rednerliste und deren Wiederaufnahme
  - c) Anträge auf Schluss der Aussprache und sofortige Abstimmung
  - d) Anträge auf Begrenzung der Redezeit und deren Aufhebung
  - e) Anträge auf zeitliche Unterbrechung der Sitzung
  - f) Antrag auf Vertagung.

Redner, die bereits zur Sache gesprochen haben, dürfen einen Antrag auf Begrenzung der Redezeit, auf Schluss der Rednerliste, auf Schluss der Aussprache und Übergang zur Tagesordnung nicht stellen. Zu einem Antrag zur Geschäftsordnung ist nur eine Ge-

genrede zulässig. Danach ist über den Antrag abzustimmen.

### § 12 Geheime Wahlen

- (1) Zur Vorbereitung und Durchführung von geheimen Wahlen ist aus der Mitte der Gemeindevertretung ein aus zwei Mitgliedern der Gemeindevertretung bestehender Wahlausschuss zu bilden.
- (2) Die Stimmabgabe hat in einer Wahlkabine oder räumlich so abgegrenzt zu erfolgen, dass das Wahlgeheimnis gewahrt ist. Einheitliches Schreibgerät ist zu verwenden.
- (3) Die Stimmabgabe erfolgt in alphabetischer Reihenfolge der Namen der Wahlberechtigten.
- (4) Es sind äußerlich gleiche Stimmzettel zu verwenden. Werden keine Umschläge verwendet, so sind die Stimmzettel bei der Stimmabgabe so zu falten, dass das Wahlgeheimnis gewahrt bleibt.
- (5) Gewählt wird geheim mit vorbereiteten Stimmzetteln, die jeweils
  - a) für den Fall, dass mehrere Bewerber zur Verfügung stehen, die Namen der Bewerber in alphabetischer Reihenfolge sowie jeweils ein Feld für die Kennzeichnung oder
  - b) für den Fall nur eines Bewerbers je ein Feld für die Zustimmung zum Wahlvorschlag (JA), für die Ablehnung des Vorschlages (NEIN) sowie für die Enthaltung enthalten.
- (6) Stimmzettel, die Zusätze oder Vorbehalte enthalten, das Stimmverhalten nicht zweifelsfrei erkennen lassen oder ungekennzeichnet sind, sind ungültig.
- (7) Der Vorsitzende der Gemeindevertretung gibt das vom Wahlausschuss festgestellte Ergebnis der Wahl bekannt.
- (8) Über Einwände zur Durchführung der Wahl, entscheidet die Gemeindevertretung. Liegen keine Einwände vor oder wurden Einwände zurückgewiesen, stellt der Vorsitzende die Gültigkeit der Wahl fest.

### § 13 Niederschrift

- (1) Der Hauptverwaltungsbeamte ist für die Niederschrift verantwortlich. Er bestimmt den Protokollführer.
- (2) Die Sitzungsniederschrift muss enthalten:
  - a) den Ort, Tag, Beginn und Ende der Sitzung,
  - b) die Namen der anwesenden, sowie der entschuldigt und ohne Entschuldigung abwesenden Mitglieder der Gemeindevertretung,
  - c) die Namen der teilnehmenden Verwaltungsvertreter und anderer zugelassener Personen,
  - d) die Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
  - e) die Tagesordnung,
  - f) den Wortlaut der Anträge mit Namen der Antragsteller, den Wortlaut der Beschlüsse und die Ergebnisse der Wahlen und Abstimmungen,
  - g) den Ausschluss und die Wiederherstellung der Öffentlichkeit,

- h) das Abstimmungsverhalten des Mitgliedes der Gemeindevertretung, das die Protokollierung im Einzelfall verlangt,
  - i) bei namentlicher Abstimmung das Abstimmungsverhalten der Mitglieder der Gemeindevertretung,
  - j) die Namen der wegen Befangenheit an Beratung oder Entscheidung zu einzelnen Tagesordnungspunkten nicht mitwirkenden Mitglieder der Gemeindevertretung,
  - k) sonstige wesentliche Inhalte der Sitzung, sofern sie ausdrücklich zu Protokoll gegeben wurden,
  - l) der wesentliche Inhalt der Fragen der Einwohner während der Einwohnerfragestunde sowie die Antworten auf diese Fragen.
- (3) Angelegenheiten, die in nichtöffentlicher Sitzung behandelt wurden, sind gesondert zu protokollieren.
- (4) Die Sitzungsniederschrift ist innerhalb von 14 Tagen nach der Sitzung, spätestens mit der Ladung zur nächsten Sitzung den Mitgliedern der Gemeindevertretung zuzuleiten. Die Sitzungsniederschrift über den öffentlichen Teil ist ferner in der von der Gemeinde entsprechend § 4 Abs. 2 der Hauptsatzung zu unterhaltenden Internet-Seite zu veröffentlichen.
- (5) Soweit nicht im Einzelfall aus Gründen des öffentlichen Wohls oder zur Wahrung von Rechten Dritter etwas anderes beschlossen wird, wird die Öffentlichkeit über den wesentlichen Inhalt der Beschlüsse der Gemeindevertretung entsprechend der Regelungen der Hauptsatzung der Gemeinde Petershagen/Eggersdorf unterrichtet.

#### **§ 14 Bild- und Tonaufzeichnungen**

- (1) Bild- und Tonübertragungen sowie Bild- und Tonaufzeichnungen der öffentlichen Sitzungen der Gemeindevertretung durch Presse, Rundfunk und ähnliche Medien sind grundsätzlich zulässig.
- (2) Absatz 1 gilt für von der Gemeindevertretung selbst veranlasste Bild- und Tonübertragungen sowie Bild- und Tonaufzeichnungen entsprechend.
- (3) Zur Erleichterung der Fertigung der Sitzungsniederschrift sind Tonaufzeichnungen der vollständigen Sitzung zulässig. Sie sind gemäß § 42 Abs. 2 Satz 4 BbgKVerf nach der darauf folgenden Sitzung zu löschen.
- (4) Bild- und Tonübertragungen sowie Bild- und Tonaufzeichnungen zu anderen Zwecken sind nur zulässig, wenn alle anwesenden Mitglieder der Gemeindevertretung zustimmen.

#### **§ 15 Fraktionen**

- (1) Fraktionen sind Vereinigungen von Mitgliedern der Gemeindevertretung. Eine Fraktion muss gemäß § 32 BbgKVerf mindestens aus zwei Mitgliedern bestehen. Fraktionen wirken gemäß § 32 Abs. 2 Satz 1 BbgKVerf an der Willensbildung und Entscheidungsfindung in der Gemeindevertretung mit.
- (2) Die Fraktionen haben dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung von ihrer Bildung unverzüglich schriftlich Kenntnis zu geben. Die Mitteilung hat die genaue Be-

zeichnung der Fraktion, die Namen des Fraktionsvorsitzenden, seiner Stellvertreter sowie aller der Fraktion angehörenden Gemeindevertreter zu enthalten. Die einer Fraktion zustehenden Rechte kann sie nach Zugang der Mitteilung nach Satz 2 wahrnehmen. Veränderungen sind dem Vorsitzenden stets unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

- (3) Sind in einer Sitzung der Gemeindevertretung Ausschüsse gem. § 43 oder 49 BbgKVerf zu bilden oder zu besetzen, so ist dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung bis zum Beginn der Sitzung eine Fraktionsbildung oder -änderung nach den Bestimmungen des Absatz 1 zur Kenntnis zu geben.

#### **§ 16 Abweichungen von der Geschäftsordnung**

- (1) Die Gemeindevertretung kann für den Einzelfall Änderungen/Abweichungen von der Geschäftsordnung mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder der Gemeindevertretung beschließen, sofern das Gesetz dies zulässt.
- (2) Treten während einer Sitzung der Gemeindevertretung Zweifel über die Auslegung der Geschäftsordnung auf, entscheidet die Gemeindevertretung mit einfacher Mehrheit.

#### **II Ausschüsse der Gemeindevertretung**

##### **§ 17 Fachausschüsse**

Die Gemeindevertretung bildet zur Vorbereitung ihrer Beschlüsse und zur Kontrolle der Verwaltung aus ihrer Mitte gemäß § 43 Abs. 1 BbgKVerf ständige Ausschüsse (Fachausschüsse). Sie legt die Zahl der Sitze sowie die Zahl der in jeden Ausschuss zu berufenden sachkundige Einwohner durch Beschluss fest.

##### **§ 18 Verfahren in den Ausschüssen**

- (1) Für Geschäftsgang und Verfahren der von der Gemeindevertretung gemäß § 43 BbgKVerf gebildeten Ausschüsse gelten die Vorschriften dieser Geschäftsordnung sinngemäß, soweit nicht gesetzlich oder in den folgenden Absätzen eine andere Regelung getroffen wird.
- (2) Die Öffentlichkeit soll über Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzungen der Ausschüsse durch Mitteilung auf der nach § 4 Abs. 2 der Hauptsatzung zu unterhaltenden Internet-Seite der Gemeinde Petershagen/Eggersdorf unterrichtet werden.
- (3) Gemäß § 44 Abs. 3 Satz 2 der BbgKVerf können die Rechte nach § 34 Abs. 2 Nr. 1 BbgKVerf und § 35 Abs. 1 Satz 2 der BbgKVerf auch von mindestens zwei stimmberechtigten Ausschussmitgliedern geltend gemacht werden.
- (4) Im Falle der Verhinderung kann der Vorsitzende eines Ausschusses die Sitzungsleitung insgesamt oder zu einzelnen Tagesordnungspunkten einem anderen Mitglied des Ausschusses übertragen.

### **III Hauptausschuss**

#### **§ 19 Hauptausschuss**

- (1) Für Geschäftsgang und Verfahren des Hauptausschusses gelten die Vorschriften dieser Geschäftsordnung entsprechend, soweit nicht gesetzlich oder in den folgenden Absätzen eine andere Regelung getroffen wird.
- (2) Der Hauptausschuss tritt in der Regel sechzehn Tage vor der Sitzung der Gemeindevertretung zu einer Sitzung zusammen. Die Ladung muss den Mitgliedern mindestens vier volle Tage vor dem Sitzungstag, der Tag der Absendung nicht mitgerechnet, zugehen. Sie ist auch den anderen Mitgliedern der Gemeindevertretung zuzuleiten.
- (3) Die Beschlüsse des Hauptausschusses oder deren wesentlicher Inhalt sind entsprechend der Regelung für die Beschlüsse der Gemeindevertretung der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, soweit nicht im Einzelfall aus Gründen des öffentlichen Wohls oder zur Wahrung von Rechten Dritter etwas anderes beschlossen wird.

### **IV. Ausschüsse nach besonderen Rechtsvorschriften**

#### **§ 20 Ausschüsse nach besonderen Rechtsvorschriften**

Die Bestimmungen dieser Geschäftsordnung sind sinngemäß auch auf solche Ausschüsse der Gemeinde anzuwenden, die auf besonderen Rechtsvorschriften beruhen, soweit diese Vorschriften nichts anderes bestimmen.

### **V. Schlussbestimmungen**

#### **§ 21 Inkrafttreten**

Die Geschäftsordnung tritt am Tage nach der Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung in Kraft.

Petershagen/Eggersdorf, den 19.03.2009

gez. Rita Schmidt

*Rita Schmidt*

Vorsitzende der Gemeindevertretung

**Impressum:**

**Herausgeber:**

Gemeinde Petershagen/Eggersdorf, Bürgermeister,  
15370 Petershagen/Eggersdorf, Rathausstraße 9

**Satz und Druck:**

Druckerei Nauendorf GmbH, Gewerbegebiet „Oder-  
berger Straße“ · Nordring 16, 16278 Angermünde

**Auflage:** 6.500 Stück

**Bezugsmöglichkeit:**

Das Amtsblatt ist kostenlos in den Rathäusern der Ge-  
meinde Petershagen/Eggersdorf (Rathausstraße 9 und  
Am Markt 8) erhältlich.